

Breslauer Zeitung.



Stetelähriger Abonnementspreis: in Breslau 2 Mark, Bogen-Abonnement 50 Pf.,
außerwärts pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratensätze für den
Raum einer sechsheiligen Zeit-Zeile 20 Pf., Reclame 60 Pf.

Erpedition: Lorenzstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 118. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 10. März 1880.

Deutschland.

Berlin, 9. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute militärische Meldungen so wie die Vorträge des Polizeipräsidenten, des Chefs der Admiralität und des Chefs des Militär-Cabinetts entgegen und empfing Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen unmittelbar nach dessen Ankunft.

[Beide Kaiserliche Majestäten] waren gestern in der Versammlung zur Befprechung der Aufgaben der inneren Mission in der Aula des Wilhelms-Gymnasiums anwesend. (R.-Anz.)

Bei dem Ministerium des Innern ist der Geheime Kanzlei-Assistent Lehmann zum Geheimen Kanzlei-Secretair ernannt worden.

○ Berlin, 9. März. [Die Befegung der neuen Directorstelle im Reichspostamt. — Keine polizeiliche Veranlichung der Loose von in Preußen nicht erlaubten Lotterien.] Ueber die Befegung der neuen Directorstelle im Reichspostamt ist, wie wir zuverlässig erfahren (siehe auch das bezügliche Berliner Telegramm im Morgenblatt), noch keinerlei Beschluß gefaßt, da doch jedenfalls abgewartet werden muß, ob der Reichstag die betreffende Position genehmigt. Wenn verschiedene Blätter, u. A. auch die „Nat.-Ztg.“, in der Morgennummer vom 9. d. Mts. bereits bestimmte Personen für die neue Directorstelle bezeichnen, so ist dies völlig aus der Luft gegriffen. — Die Minister des Innern und der Finanzen haben gemeinsam verfügt, daß die Polizeibehörden sich künftig der polizeilichen Vernichtung von Loosen zu auswärtigen, in Preußen nicht zugelassenen Lotterien zu enthalten haben; die früheren beschlagnahmten Anordnungen werden aufgehoben. In welchen Fällen noch die Beschlagnahme solcher Loose zu bewirken und wie mit denselben im Interesse der Strafrechtspflege zu verfahren sein wird, bestimmt sich nach den Grundrissen der Strafprozeßordnung.

— Berlin, 9. März. [Der Justizauschuß des Bundesrathes und die Wucherfrage. — Die Vorlage über die Erhöhung der Lizenzgebühren für den Kleinverkauf von geistigen Getränken. — Kaiser und Kronprinz.] Wir haben bereits gemeldet, daß der Justizauschuß des Bundesrathes sich mit dem Gesetze, betreffend den Wucher beschäftigt hat. Unsere Annahme, daß der Entwurf bereits in der nächsten Plenarsitzung des Bundesrathes zur Entscheidung und damit also in den nächsten Tagen an den Reichstag gelangen würde, hat volle Bestätigung gefunden. Der Justizauschuß hat die Artikel 1 und 2 der Vorlage unverändert angenommen, dagegen für Artikel 1 folgende Fassung beantragt: Hinter den § 302 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich werden die folgenden neuen §§ 302a, 302b, 302c, 302d eingestellt: „§ 302a. Wer unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinnes oder der Unerfahrenheit eines Anderen für ein Darlehen oder im Falle der Stundung einer Geldforderung sich oder einem Dritten Vermögens-Vorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den üblichen Zinsfuß bergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälliger Mißverhältnisse zu der Leistung stehen, wird wegen Wuchers mit Gefängniß bis zu sechs Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — § 302b: Wer sich oder einem Dritten die wucherlichen Vermögensvorteile (§ 302a) verschleiert, oder wechselfähig oder unter Verpändung der Ehre, auf Ehrenwort, oder unter ähnlichen Versicherungen oder Beteuerungen versprechen läßt, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu sechstausend Mark bestraft. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — § 302c: Dieselben Strafen treffen denjenigen, welcher mit Kenntniß des Sachverhalts eine Forderung der vorbezeichneten Art erwirbt und entweder dieselbe weiter veräußert oder die wucherlichen Vermögensvorteile geltend macht. — § 302d. Wer den Wucher gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betreibt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe von 150 bis zu 15,000 Mark bestraft. Auch ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.“ — Gegen Ende des vorigen Jahres war dem Bundesrathe ein Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Lizenzgebühren für den Kleinverkauf von geistigen Getränken vorgelegt worden. Dieser Entwurf ist jetzt zurückgezogen und ein anderer dem Bundesrathe zugegangen. Die Hauptbestimmungen desselben sind bereits telegraphisch gemeldet worden. Wir theilen nachstehend den Wortlaut der Vorlage mit:

§ 1. Die Lizenzgebühren, welche nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften für den Kleinverkauf von geistigen Getränken (Branntwein und Likueur, Wein, Bier und Meth) zu entrichten sind, werden derart erhöht, daß dieselben in Gemeinden mit weniger als 2000 Seelen vierteljährlich 25 Mark, von 2000 bis 10,000 Seelen vierteljährlich 50 Mark, über 10,000 Seelen vierteljährlich 75 Mark betragen. Als Kleinverkäufer von geistigen Getränken ist anzusehen, wer Wein, Bier, Meth, Branntwein oder Likueur zum Verzehren auf dem Plage, sowie wer Bier oder Wein in Mengen unter 25 Liter oder Branntwein und Likueur in Mengen unter 15 Liter über die Straße verkauft. Kleinverkäufer, welche das Feilbieten von Spiritus ausschließlich auf denaturirten Spiritus, unter Beachtung der wegen dessen Vertriebes bestehenden Vorschriften beschränkten, sind der Lizenzgebühr nicht unterworfen. — § 2. Die Eintheilung der Gemeinden nach der Seelenzahl (§ 9) bestimmt sich nach den bei der letzten amtlichen Volkszählung ermittelten Zahlen der ortsanwesenden Bevölkerung der einzelnen Gemeinden. — § 3. Personen, welche den Kleinverkauf der in § 1 genannten Getränke betreiben, sind verpflichtet, den von der Steuerbehörde erteilten Lizenzschein an einer in die Augen fallenden Stelle ihres Verkaufsortes derart anzubringen, daß von dessen Inhalt leicht Kenntniß genommen werden kann. — § 4. Wer ohne vorgängige Entziehung der in § 1 festgesetzten Gebühren den Kleinverkauf der eben dafelbst genannten Getränke betreibt, hat die im Artikel 171 des Gesetzes vom 28. April 1816 angeordnete Strafe verwirkt. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des § 3 werden mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark bestraft. — § 5. Dieses Gesetz tritt mit dem . . . in Kraft.“

Se. Majestät der Kaiser wird sich, wie wir hören, in der dritten Aprilwoche zu mehrtwöchentlichem Kurgebrauche nach Wiesbaden begeben und später, wahrscheinlich im Juni, nach Ems gehen. — Se. R. K. Hoheit der Kronprinz, der heute hier angekommen ist und noch einmal nach Peggli zurückgeht, um seine Gemahlin von dort nach Potsdam zu begleiten, soll beabsichtigen, im Frühjahr seine Schwiegermutter, die Königin von England, in Baden-Baden aufzusuchen, wo dieselbe einen längeren Aufenthalt zu nehmen gedenkt.

□ Berlin, 9. März. [Diplomatische Actenstücke und die militärische Lage. — Aus der Militärcommission. — Stellung der Aerzte zur Medicinalreform. — Petition

um Einführung von Innungszwang. — Das Kronprinzliche Ehepaar.] Gutem Vernehmen nach hat der Reichskanzler eine Zusammenstellung diplomatischer Actenstücke veranlaßt, welche die Beläge für die deutschfeindliche Politik Russlands enthalten. Darunter befinden sich auch die Documente für die Allianzvorschlüge Gortschakoffs an die französischen Staatsmänner. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß auf Grundlage dieses actenmäßigen Materials an eigentlich leitendem Orte die Ueberzeugung sich herausgestellt hat, wie berechtigt die bisherige deutsche Politik gegenüber den russischen Ambitionen verfuhr. Wie aus Petersburger Briefen von verstricher Seite hervorgeht, scheint man sich dort darüber beunruhigt zu fühlen, daß auch andere Cabinetts über das zweideutige Verhalten Russlands unterrichtet worden sind. Jedenfalls ist es dem Pariser Cabinet zu danken, daß die Allianzbestrebungen Russlands nicht Fuß fassen konnten; und es ist beinahe unbegreiflich, wie nach diesen Vorgängen Russland sich mit der Hoffnung tragen konnte, daß in einer, die nationale französische Empfindlichkeit so nahe berührenden Frage, wie jene Auslieferung eines politischen Flüchtlings es ist, Frankreich dem Phantom einer Allianz zu Liebe das Aylrecht preisgeben werde. Fürst Bismarck charakterisirte dann auch auf seinem gestrigen parlamentarischen Diner das Verhalten der französischen Regierung als durchaus correct, zog aber gleichzeitig den Schluß daraus, daß ernsthaftere Unterbrechungen der russisch-französischen Beziehungen durch den Zwischenfall nicht herbeigeführt werden würden. Mit diesem Ausdruck ist denn auch die Linie gezogen, welche die deutsche Politik sich für ihr künftiges Verhalten gegenüber den beiden Mächten vorzeichnet. Gerade in unseren Regierungskreisen und speciell unter den hohen Militärs wird hervorgehoben, daß Frankreich sowohl bei der Ablehnung der russischen Bündnißproposition, als auch beim Fall Hartmann nur dem Zwange der Umstände gefolgt sei. Man weist darauf hin, daß seitens der Reichsregierung in der heutigen ersten Commissionssitzung des Reichstages in Sachen des Militärgesetzes Erklärungen abgegeben worden sind, die deutlich genug darthun, wie sehr wir Ursache haben, Frankreich gegenüber auf dem qui vive zu sein. In Paris werden die Mittheilungen aus der Militärcommission vielleicht nicht weniger Bedenken hervorrufen, als in Petersburg die Zustimmung Bismarcks zur Freilassung des soi-disant Attentäters Hartmann. Nach den Versicherungen hiesiger Militärs wird die französische Armee-reorganisation bis zu Ende dieses Jahres vollständig beendet sein und damit die Voraussetzung des Reichskanzlers von einem zweiten Kriege in eine drohendere Perspektive treten. Indessen will man von liberaler Seite diese Prophezeiungen nicht gelten lassen, weil man sie auf das Conto der Militärvorlage setzt, die mit möglichst großer Majorität vom Reichstage bewilligt werden soll. Die Militärcommission des Reichstages zur Vorberathung der Militärgesetzesnovelle trat heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zunächst wurde beschloffen, die Generaldiscussión an § 1 anzuschließen und die Abstimmung erst nach Discussion der §§ 1, 2 und 3 erfolgen zu lassen. Der Referent Abg. v. Malgahn-Gütz entwickelte die aus der Militärgesetzesvorlage resultirende Vermehrung der Armee. Regierungs-Commissar General von Verdu du Vernois führte aus, daß wir die letzten Siege nur durch die Ueberlegenheit an Zahl errungen hätten, jetzt aber durch Franzosen und Russen überflügelt seien. Mit Hinzurechnung des 13. und 14. Jahrganges betrage die Ueberlegenheit der Ersteren ca. 200,000 Mann. Für uns gelte das Princip, durch die Defensive im Feindesland das Vaterland zu verteidigen. Beide Länder hätten einen Gürtel von Festungen, die sich nahe gegenüberliegen, und durch die Nothwendigkeit, französische Sperrforts zu nehmen, würden unsere Truppen geschwächt. Er gab zu, daß die französischen Bataillone schwächer seien; dieser Vortheil würde aber durch bessere Ausbildung der Reservisten, Sperrforts u. compensirt. Die Russen dagegen hätten abgehärtete Soldaten. Abg. von Heereman charakterisirte den Standpunkt des Centrum und erklärte, daß es bewilligen wolle, was nothwendig sei. Die gemachten Vorschläge gewährten der Armee zwar Vortheile, es frage sich aber, ob sich die neue Belastung rechtfertige. Der Reichskanzler selbst habe gesagt, daß die directen Steuern gemindert werden müßten. Das Centrum sehe von den Fragen der zweijährigen Dienstzeit und des Pauschquantums ab, da doch keine Aussicht auf Erfolg sei. Kriegsminister v. Kameke bemerkte, daß zwar keine acute Gefahr vorhanden sei, aber normale Zustände nicht beständen. Das Vaterland müsse allen Spannen gewachsen sein, denn das Plus des französischen Heeres sei sehr bedeutend. Abg. Richter (Hagen) verlangt die Vorlegung weiteren Materials und weist nach, daß im Ordinarium die Pensionen nicht inbegriffen seien, im Extraordinarium aber die Kosten der vermehrten Kasernirung fehlten. Es frage sich, welche Kosten aus der folgenden Vermehrung der prima plana erwachsen. Endlich müßten die Absichten bezüglich der Heranziehung der Ersatzreserve klarer gestellt werden. Was die französischen Einrichtungen anbelange, so seien ihre neuen Organisationen schon 1874 vorhanden gewesen und damals von der Reichsregierung anerkannt worden, daß wir mit der gefeglih regulirten Heeresstärke überlegen seien. Die französische Heeresaushebung sei viel geringer als die designirte, auch existire der Nachersatz nicht, welcher sich bei uns auf ca. 10 pCt. stelle. Dort seien ca. 8000 Mann weniger ausgehoben. Die Reserve der Territorialarmee stehe nur auf dem Papier. Die französische Armee mit 497,000 Mann sei gar nicht mit unseren 401,000 Mann zu vergleichen. In Frankreich wären Gendarmerte, Offiziere, Militär-Verwaltungs-Beamte, Cadetten u. eingerechnet, während dies bei uns nicht der Fall sei. Nachdem Redner die Inferiorität der Territorialarmee und die deuxième portion nachgewiesen, gelangte er zu dem Resultat, daß die französische active Dienstzeit hinter der unfriegen von 2 1/2 Jahren zurückbleibe. Seines Wissens hätte Deutschland ebenfalls Sperrforts wie Frankreich. Dort ergänze man die Regimenter nicht landschaftlich wie hier, was für uns ein Vortheil sei. Er werde in der Commission keine Anträge stellen, sich aber an den von anderer Seite gestellten Theilnehmen. Kriegsminister von Kameke betonte, daß gegenüber dem Etat an Offizieren 10 pCt., an Unteroffizieren 5 pCt. fehlen. Regierungs-Commissar Major von Funk hebt hervor, daß die französische Gabelle für die Absicht documentirte, die Massen, welche das Heeresgesetz zur Verfügung stelle, auch zu benutzen. Die russische Armee in Kriegsformation stelle 1,178,000 Combatanten in der Infanterie. Auf Frankreich übergehend, gab er die Zahl der

dreijährig Freiwilligen auf 10—12000 Mann, die Fremdenlegion auf 15000 Mann an. Dazu kämen noch die Marinesoldaten. Die französische Aushebung sei um einige Tausend Mann höher, nicht geringer. Frankreich habe ein Uebergewicht von 1500 Berufsoffizieren. Die französische Effectivstärke sei um 30,000 Mann höher als bei uns. Abg. Richter stellte entscheidene Fragen, z. B. ob nicht die einjährig Freiwilligen eingerechnet werden könnten. Er sei nicht für die jährliche Bewilligung der Präsenzstärke, aber ein Zeitraum von sieben Jahren sei zu lang bemessen, und er werde einen Antrag stellen, sie auf fünf Jahre zu kürzen, damit diese Frage nicht bei jeder Wahl spiele. Redner wendet sich sodann gegen die Abgg. v. Heereman und Richter und spricht sich für die Bewilligung aus. Die Abgg. v. Willich und Graf Stolberg plaidiren für die Vorlage. Der Abg. v. Schorlemer-Alt wendet sich gegen Richter und die sonstigen Vertheidiger der Vorlage und fährt noch aus, daß wir jetzt das frühere Ausfallthor Frankreichs (Kasch-Lothringen, hätten. Er wünscht im Text des Gesetzes aufgenommen, daß nur die abkömmlichen Ersatzreservisten eingezogen werden. Der Abg. Stephant, welcher sich für die Vorlage ausspricht, will für die Ersatzreserve die näheren Feststellungen über die Zahl der Einzuberufenden und im § 1 statt des Principis, bezüglich der Methode der Berechnung, die Zahl, das Facit, das sich ergibt, eingefügt haben. Der Kriegsminister v. Kameke legt dar, daß von der Quote, welche jährlich zur Ersatzreserve gezogen werden, 12,000 Mann gewonnen werden sollen. Es würden dadurch 2,300,000 Mark Kosten erwachsen und jährlich 48,000 Mann einerecirt werden. Dieselben werden der Reserve und Landwehr auferlegt. Die Behörden, welche über die Einstellung der Truppen entscheiden, befinden sich über die Einstellung zu den Uebungen der Ersatzreserve. Er hat die Friedenspräsenzstärke auf 7 Jahre festzustellen. Aus den Ausführungen des Abg. Richter ist hervorzuhellen, daß, wenn die Ersatzreserve für jedes Jahr festgesetzt werde, man auch die Friedenspräsenzstärke jährlich feststellen könne. In die Ersatzreserve schließt sich die Frage der Compensation an. Die Ersatzreserven würden am besten in die Präsenzstärke eingerechnet, wie früher die eingezogene Landwehr. Bis 1875 wären thatsächlich die Einjährig-Freiwilligen in die Präsenzstärke eingerechnet worden. Es gäbe nur entweder geringere Rekrutirung oder kürzere Dienstzeit und nur die letztere komme in Frage. Er nehme an, daß die Regierung es nur auf diejenigen Ersatzreservisten abgesehen habe, welche durch Loos oder durch einen unwesentlichen Fehler frei wurden. Wir haben nach der Gesetzesvorlage 10,000 Mann mehr wie Frankreich und letzteres würde daher auch wieder rüsten. Regierungscommissar Major Funke bemerkt, daß man nur auf 385,000 Mann komme, wenn die Manquementes abgezogen würden; die effective Versorgungsstärke betrüge 367,000 Mann. Es sei besser, starke Friedenscadres zu bilden und im Kriege neue Formationen zu schaffen. Die Zahl der ausgebildeten Ersatzreserve festzustellen, sei nicht zweckmäßig, weil die Latituden möglich mache, bei Gefahr einen sofortigen wesentlichen Zuwachs zu schaffen. Frankreich brauche nur in Alger Truppen zu lassen, während wir an der entgegengesetzten Grenze Truppen aufstellen müßten. Der Abg. Richter betont, daß in Frankreich das Gefühl der Nothwendigkeit von Aufwendungen für die Kriegstüchtigkeit einstimmiger zum Ausdruck käme, als bei uns, und wendet sich alsdann gegen die Abgg. v. Schorlemer-Alt und Richter. Er bittet, jetzt schon Anträge in die Commission zu bringen; seine Freunde würden sie mitberathen und würden sich nicht von ihren Wählerschaften abhängig machen. Eine jährliche Feststellung der Präsenzstärke halte seine Partei nicht für nöthig. Nach einer kurzen Replik des Abg. von Schorlemer-Alt kommt der Abg. Richter noch einmal auf die Friedenspräsenz zurück, und legt namentlich dar, daß wir die nöthigen neuen Offiziere nur durch Schwächung des alten Offizier-Cadres erhalten könnten. — Aus dem nachträglich erstatteten Berichte der Petitioncommission des Abgeordnetenhauses über die Petitionen wegen Errichtung von Gewerbe-kammern ist von besonderem Interesse eine Auslassung, die ohne Zweifel das einzige ärztliche Mitglied der Commission, Dr. Thilenius, zum Urheber hat. Ein Mitglied der Commission, wie der Bericht unter hergebrachter Wahrung der Anonymität sagt, wies auf die Analogie hin, welche zwischen Bestrebungen des ärztlichen Standes und denen des Handwerkerstandes nach festerer Organisation und kräftigem Schutz der Interessen zu Tage trete. Durch das Gewerbegesetz seien die Aerzte in ihren Beziehungen zum Staat den anderen Gewerbetreibenden insofern gleichgestellt, als auch für die ersteren keinerlei gesetzlicher Zwang zur Ausübung des Gewerbes (Zwang zur Gewährung ärztlicher Hilfe) mehr bestesse. Da nun das Gebiet dieses Gewerbe-Betriebes als ein vollkommen homogenes, und der Bildungsstand der Beteiligten als ein hoher sich darstelle, böten die Vorgänge in der ärztlichen Welt um so bessere und klarere Vergleichspunkte. Schon sehr bald nach der Unterstellung der Aerzte unter das Gewerbegesetz und der Freigabe der Praxis habe man in den ärztlichen Kreisen erkannt, daß die durch das Gramez zu erwerbende Qualifikation als „Arzt“ nicht ausreichte, um die Ehre des Standes gegen Herabwürdigung durch Charlatanismus, Pflückerthum und Mloyalität in den collegialen Beziehungen zu sichern, den ärztlichen Verkehr mit dem Publikum in feste, auch den nöthigen Interessenschutz gewährende Normen zu bringen. Ferner ergab sich die Nothwendigkeit, die Nachtheile, welche aus der völligen Lösung des ärztlichen Standes von der Verbindung mit der Staatsverwaltung entsprangen und sich immer unangenehmer fühlbar machten, möglichst zu compensiren, ohne die unschätzbare Freiheit der Bewegung im Princip anzutasten. Man glaube anfangs, in der Organisation von Vereinen und der autonomen Bildung von mit gewissen Disciplinarbefugnissen ausgerüsteten Ärztekammern das Problem zu lösen. Ganz ungewisselhaft dürfe der Staat, sobald er Organisationen wie Ärztekammern mit den Attributen der Interessenvertretung gewisser Disciplinarbefugnisse, sowie einer bestimmten Verbindung mit der Staatsverwaltung legalisirte, keinen als „Arzt“ approbirten Staatsbürger von der Theilnahme an solchen Vortheilen auszuschließen. Diese Erwägungen führen Aerzte wie Regierung immer mehr zu der Ueberzeugung, es könne in Preußen die seit Jahren erstrebte Medicinalreform allen Bedürfnissen und Wünschen nur dann thunlichst gerecht werden, wenn sie auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts aller „Aerzte“ den bestehenden Anwaltskammern nachgebildet „Aerztekammern“ auf dem Wege der Gesetzgebung schaffe. Daß neben denselben die ärztlichen Vereine nicht nur nicht überflüssig, sondern be-

